

PRO & CONTRA



PRO
SVEN ECKERT
Geschäftsführer ADFC Bremen



CONTRA
NILS LINGE
Sprecher ADAC Weser-Ems

Wer auf Geh- oder Radwegen, in zweiter Reihe, auf Behinderten- oder Car-Sharing-Parkplätzen falsch parkt, gefährdet oder behindert andere – insbesondere die schwächeren Verkehrsteilnehmer und klimaschonende Verkehrsmittel: Rollator und Kin-

falsch geparkte Fahrzeuge sind mehr als nur ein Ärgernis, sie gefährden vielfach auch die Sicherheit im Straßenverkehr. Eine Erhöhung der Bußgelder greift allerdings zu kurz. Außerdem müssen Geldbußen für Parkverstöße verhältnismäßig

Höhere Bußgelder für Falschparker?

derwagen bleiben stecken, in den Kreuzungen verlieren Kinder den Überblick hinter falsch geparkten Lieferwagen oder SUVs, Radfahrende müssen von zugeparkten Wegen auf die Fahrbahn ausweichen und geraten so in Konflikt mit dem Auto-Verkehr.

Gemeinsam mit anderen Verkehrs- und Umweltverbänden fordern wir daher das Bußgeld für Falschparken auf mindestens 100 Euro anzuheben. Zusätzlich soll es einen Punkt in Flensburg geben. Nur durch stärkere Abschreckung kann die Verkehrswende in den Städten voran gebracht werden. Das hat natürlich nur einen Effekt, wenn zeitgleich die Parkraumüberwachung in Bremen ausgeweitet wird.

sein. Punkte in Flensburg kann es nur für Verkehrsdelikte geben, die unmittelbar die Verkehrssicherheit gefährden. Bei den meisten Parkverstößen ist das nicht der Fall. Tatsächlich gibt es bereits Parkverstöße, die zu Punkten in Flensburg führen, wenn etwa Rettungsfahrzeuge durch Falschparker behindert werden. Aber längst nicht jeder Parkverstoß wiegt so schwer, dass er so hart bestraft werden muss. Was wir brauchen, sind lokale Lösungen für eine bessere Aufteilung des öffentlichen Raumes. Es gilt aber auch, Rücksichtnahme, Verständnis und Toleranz zu fördern und eine (weitere) Verhärtung der Fronten unter anderem durch verbale Aufrüstung und ein Übermaß an Emotion zu verhindern.

Tickets für die Ferien

Der Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen (VBN) hat mit dem Vorverkauf des Sommerfrientickets begonnen. Nicht nur Schüler können es erwerben, sondern alle Menschen, die nach dem 1. Januar 2000 geboren sind. Für 33 Euro können sie vom 4. Juli bis 14. August in Bremen

und Niedersachsen alle Stadt- und Regionalbusse benutzen sowie alle Straßenbahnen und Nahverkehrszüge. Es gilt auch für die Linien von Bremerhaven Bus.

Wer 16 Jahre und älter ist, muss zusätzlich zum Ticket einen Personalausweis oder Pass mitführen. (WR)

„Das wird eine Zerreißprobe“

Parteienforscher Lothar Probst über die Folgen der Bürgerschaftswahl

HERMANN J. ÖLBERMANN

WESER REPORT: Herr Probst, die Grünen müssen sich entscheiden zwischen einer Koalition mit der SPD und der Linken oder einer Koalition mit CDU und FDP. Wie sehr spaltet das die Grünen?

LOTHAR PROBST: Das wird eine Zerreißprobe. Es gibt an der Basis eine klare Stimmung für eine rot-grün-rote Koalition. Es gibt in der Spitze aber auch die Bereitschaft, etwas anderes zu probieren. Wie das zusammenpasst, wird man nach den Sondierungsgesprächen sehen.

Wo wird es am ehesten haken?

Der jeweils dritte Partner ist der schwierige, also Linke und FDP. Allerdings gehe ich davon aus, dass die FDP aufgrund ihres relativ schwachen Wahlergebnisses nicht so viel anmelden kann in den Sondierungsgesprächen. Die Linke hat in der Ausgabenpolitik deutlich andere Vorstellungen als die Grünen. Die Grünen haben unter der grünen Finanzsenatorin Karoline Linnert hart gearbeitet, um die Schuldenbremse einzuhalten. Diesen Kurs werden sie jetzt nicht aufgeben.

Nach der Wahl waren sich alle einig: Ein Weiter-so geht nicht. Warum könnten die Grünen trotzdem noch einmal mit der SPD und Carsten Sieling koalieren?

Das ist für die Grünen ein Problem und wird die internen Konflikte in der Partei noch verstärken. Eine rot-grün-rote Koalition würde eher als Fortsetzung der bisherigen rot-grünen Koalition wahrgenommen.

Und wenn die SPD sich personell erneuern würde?

Noch weiß man nicht, ob sie diesen Schachzug noch



Der Politikwissenschaftler Lothar Probst war bis 2016 Professor an der Universität Bremen. Er ist Mitglied im Beirat der Grünen Akademie der Heinrich-Böll-Stiftung und sitzt in der Jury des Hannah-Arendt-Preises für Politisches Denken. Foto: Schlie

tut. Andreas Bovenschulte steht sicherlich bereit, wenn er gefragt würde. Er vertritt aber wie Carsten Sieling einen linken Kurs. Das wäre also ein Austausch von Personen, aber kein Austausch von Positionen. Aber es wäre vielleicht leichter, mit einer neuen Person an der Spitze Sondierungsgespräche und Koalitionsverhandlungen zu

führen. Wenn man bedenkt, dass Carsten Sieling in der Wahl weniger Personenstimmen erhalten hat als Carsten Meyer-Heder und weniger als seine Vorgänger, dann spricht das dafür, dass er weder in der Wählerschaft noch in der eigenen Partei das Standing hat, das notwendig wäre, um einen Aufbruch zu wagen. In den Umfragen liegt allerdings

eine rot-grün-rote Koalition deutlich vor einer Jamaika-Koalition.

Die CDU ist zwar stärkste Partei, hat aber weniger Stimmen erhalten als erhofft. Ist mehr nicht drin in Bremen?

Das war eine Wahl gegen die SPD, aber es gab keinen klaren Stimmungswechsel hin zu einer CDU geführten Regierung. Dann hätte die CDU deutlicher zulegen müssen. Aber Bremen ist für die CDU ein grundsätzliches Problem. Ihr fehlen hier die Wählergruppen, von denen sie normalerweise profitiert. Außerdem ist Bremen eine sozialdemokratisch geprägte Stadt mit gut organisierten Gewerkschaften und vielen Vereinen, die eher der SPD nahe stehen.

Das Bremer Ergebnis der Europa-Wahl unterscheidet sich vom Ergebnis der Bürgerschaftswahl. Wie kommt das?

Ja, bei der Europa-Wahl in Bremen wurde die SPD die stärkste Partei, die CDU kam auf Platz drei hinter den Grünen. Bei der Bürgerschaftswahl stand die Landespolitik im Vordergrund, bei der Europa-Wahl die Europa-Politik. SPD und Grüne profitierten davon, dass sie jeweils mit einem eigenen Bremer Abgeordneten im Europa-Parlament vertreten waren. Und vielen Bremern ist deutlich geworden, wie sehr Bremen von Europa profitiert.

Dennoch: Wie geht es mit der Bremer SPD nach dem schlechten Abschneiden bei der Bürgerschaftswahl weiter?

Das ist eine Zäsur in der Geschichte der Stadt, betrifft aber nicht nur Bremen. Insgesamt schrumpfen die großen Volksparteien, die SPD trifft es stärker als die CDU. Wir steuern auf Veränderungen im Parteiensystem zu.

Die Tage der Entscheidung

Die ersten Sondierungsgespräche stehen schon heute an. Die CDU trifft sich mit den Grünen, um auszuloten, ob es überhaupt genug Gemeinsamkeiten geben kann für mögliche Koalitionsverhandlungen. Am Freitag setzt sich die CDU mit der FDP zusammen. Denn an die Regierung kommen die Christdemokraten nur im Bündnis mit Grünen und Liberalen.

CDU-Landesvize Jens Eckhoff wollte auch die SPD zu Gesprächen einladen, doch SPD-Landeschefin Sascha Aulepp hat erneut abgelehnt. Sie sieht dafür keine Basis.

Die SPD strebt nur eine Koalition mit den Grünen und der Linken an. Mit den Grünen reden die Sozialdemokraten morgen, mit der Linken am Freitag.

Mit dem die Grünen über eine Koalition verhandeln, entscheiden sie auf ihrem Parteitag am 6. Juni. Auch die Linke hat für den 6. Juni einen Parteitag angesetzt. Die Sozialdemokraten kommen am 7. Juni zusammen.

Bei der Bürgerschaftswahl kam die CDU auf 26,36 Prozent, die SPD auf 24,66, die Grünen auf 17,38, die Linke auf 11,06 und die FDP auf 6,08 Prozent. Carsten Sieling kommt auf 36.310 Personenstimmen, Carsten Meyer-Heder auf 58.481 (Stand: Dienstag 15.36 Uhr). (hjo)

Mehrheit für Bus-Umlage

Umfrage der Initiative „Einfach Einsteigen“

HENRIK SCHUMACHER

Ginge es nach Mark Wege und Wolfgang Geißler, sollten alle Bremer künftig „einfach einsteigen“ können. Sie machen sich für eine gleichnamige Initiative stark, die zum Ziel hat, einen umlagefinanzierten und fahrscheinfreien Nahverkehr in der Hansestadt zu etablieren. Eine neue Umfrage, die die Initiative in Auftrag gegeben hat, zeigt: Auch viele Bremer können sich mit dieser Idee anfreunden.

„Wir wussten, dass die Stimmung in der Bevölkerung da ist, aber die klare Mehrheit hat uns dann doch überrascht“, sagt Sprecher Wolfgang Geißler. Rund 65 Prozent der Befragten 1.000 Personen aus Bremen halten demnach das Konzept für eine „gute Idee“, heißt es in der Studie des Berliner Sozialforschungsinstitutes Pollytix. 30 Prozent können sich mit dem Vorschlag nicht anfreunden. 62 Prozent der Befragten sind zudem bereit, rund 20 Euro im Monat für einen ausgebauten Nahverkehr zu zahlen, 36 Prozent sind dagegen.

Das Konzept sieht im Kern vor, dass man in Bremen ab 2023 ohne Fahrschein Bus und Bahn fahren kann. Im Gegenzug zahlt jeder erwachsene



Mark Wege und Wolfgang Geißler (von links) kämpfen für einen umlagefinanzierten Nahverkehr. Foto: Schlie

Normalverdiener eine Umlage von 19,11 Euro monatlich, unabhängig davon, ob er die öffentlichen Verkehrsmittel überhaupt nutzt. Das deckt angeblich die Hälfte der Betriebskosten. Die Bremer Wirtschaft soll die andere Hälfte der Kosten für Betriebskosten für einen deutlich ausgebauten Nahverkehr tragen. Für Menschen mit geringem Einkommen sieht die Initiative einen ermäßigten Beitrag vor.

„Der neue Senat muss nun eine umfassende Verkehrs-wende einleiten, in der das Einfach-einsteigen-Konzept eine wichtige Rolle spielt“,

fordert Mark Wege, Gründer und Sprecher von „einfach einsteigen“. 72 Prozent der Bremer wünschen sich, dass Alternativen zum Auto gefördert werden, das könne man nicht ignorieren, findet er. Im nächsten Schritt will er nun den Parteien die Umfrageergebnisse vorlegen und geeignete Ansätze mit den Politikern besprechen. Vor 2023 sollten bereits die Voraussetzungen für das Modell geschaffen werden, wie etwa eine Fertigstellung der Haltestelle am Technologiepark bei der Uni und die Beschaffung neuer Fahrzeuge.

Impressum
2sp.
einbauen

WIR FEIERN GEBURTSTAG
20 Jahre Gabor-Shop Bremen City

20%
AUF ALLE
SCHUHE
(OHNE SONDERPREIS)

**UND TOLLE
JUBILÄUMS-
ANGEBOTE**

VOM 27. MAI 2019
BIS 08. JUNI 2019



Feiern
Sie mit!

Gaborshop

BREMEN CITY
Knochenhauerstr. 39/40 | 28195 Bremen
Tel. 0421/165 45 92 | www.gabor-bremen-city.de